

# Sächsische Elbzeitung

Tagblatt für die

**Inhalt:** Die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau und das Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank — Stadigitofasse Nr. 12 — Osthäufige Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postkassentonto: Dresden 33 327

**Zeitredakteur:** Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

**Erscheint** täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbmöndlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Papiere und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



## Sächsische Schweiz

Tagesszeitung für die Landgemeinden Altdorf, Kleingiehhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mitteldorf, Ostau, Vordorf, Postelwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardsdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischfähre, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Inh. Walter Hiele  
Verantwortlich: R. Nohrlapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7spaltige 35 mm breite Zeile 20 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 25 Pfg., 85 mm breite Reklamezeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

**Ständige Wochenbeilagen:** „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Aus der Welt der Frau“, „Illustrierte Sonntagsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Verkaufen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Auspottung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 171

Bad Schandau, Montag, den 25. Juli 1927

71. Jahrgang

### Für eilige Leser.

\* Auf der Reichstagung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold erklärte gestern Oberpräsident Göring, daß er sich nach Rücksprache mit Ministerpräsident Braun und Innenminister Grzesinski entschlossen habe, von dem Posten des Oberpräsidenten der Provinz Sachsen zurückzutreten, um sich in Zukunft allein den Angelegenheiten des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold widmen zu können.

\* Im Charlower Menschenweisenprozeß beantragte der Oberreichsanwalt gegen 5 Angeklagte die Todesstrafe mit der Begründung, die Angeklagten hätten versucht, das Sowjetregime in der Ukraine zu stützen.

## Portugiesisch-Ostafrika als Kolonialgebiet.

Von Dr. Walter Hagemann, a. St. Lourenco Marques.

Die portugiesische Scheinkolonie Mozambique wird heute durch fremde Handelsgesellschaften in friedlicher Durchdringung langsam ihrem nominellen Besitzer entwunden und zu einem produktiven Bestandteil des Weltwirtschaftsgebietes. Auch in der Blütezeit hat sich die portugiesische Herrschaft an der Ostküste Afrikas auf wenige Handelsplätze beschränkt, die als Sammelstationen für Sklaven, Gold und Eisenstein dienten. 1891 wurde durch königliche Verordnung zwei ausländischen Handelsgesellschaften, der Mozambique- und der Massaja-Kompagnie, je ein Drittel der Kolonie mit beschränkter Selbstständigkeit übertragen und ein Sondervertrag mit England über das Gebiet von Lourenco Marques geschlossen. Die Gesellschaften haben jedoch nicht den Erwartungen entsprochen, so daß heute nach Beendigung des Weltkrieges und der Neuordnung der staatsrechtlichen Verhältnisse in Afrika die anberaumte Uebertragung dieses Gebietes wieder zur Erörterung steht.

Wie eine Mauer legt sich der wegearme, unerbauende Küstenstreifen von Mozambique vor die aufstrebenden Länder Innerafrikas: Transvaal, Rhodesia und Britisch-Nyasaland. Von diesen Ländern machte zunächst Transvaal nach dem unerwarteten Aufschwunge der Johannesburger Mandminen Anstrengungen auf die benachbarte Delagoa-Bay geltend. Diese Bucht, die den portugiesischen Ozeanflügel als Halteplatz gedient hatte, besaß im 19. Jahrhundert keinen eigentlichen Besitzer und schien den Engländern so bedeutungslos, daß sie sich 1872 mit dem Vorkaufrecht auf diesen Platz begnügten. Der Bau der Transvaalbahn machte plötzlich Lourenco Marques zu einem unentbehrlichen Ausfuhrhafen, und auch als Sammelplatz für schwarze Minenarbeiter wurde der Bezirk bedeutungsvoll, so daß bald eine vertragliche Regelung notwendig wurde. Im Mozambique-Vertrag von 1909 fielen die Zollschranken zwischen beiden Ländern, und Transvaal erhielt freien Durchgangsverkehr für seine Ein- und Ausfuhr, wovon 50 Prozent dem Hafen von Lourenco Marques zugute kamen. Dieser blühte auf, seine Ausfuhr stieg von 1909 bis 1925 um das Zwanzigfache. Andererseits wurden die portugiesischen Arbeiter, deren Zahl auf 90 000 Köpfe jährlich stieg, bald unentbehrlich für die Minen Transvaals. Der Vertrag ist kürzlich mit geringen Veränderungen erneuert worden, und allgemein betrachtet man es nur als eine Frage der Zeit, daß Südafrika seiner wirtschaftlichen Annektion die politische folgen läßt.

Vom zweiundzwanzigsten Breitengrad nordwärts erstreckt sich bis zum Ufer des Sambesi seit 1891 das Einflußgebiet der Mozambique-Kompagnie, einer Tochtergesellschaft der Chartered Company of Rhodesia. Ihr Gebiet umfaßt etwa 65 000 Quadratkilometer mit einer Viertelmillion schwarzer Einwohner. Der Hauptort der Gesellschaft ist Beira an der Mündung des Pungwe-Flusses, von wo aus seit 1901 eine Bahn nach Salisbury, der Hauptstadt Südrhodesiens, und darüber hinaus nach den überaus wichtigen belgischen Katanga-Minen führt. Die Gesellschaft baut im Küstengebiet und längs der Bahnlinien vor allem Mais, Zucker, Sisal und Baumwolle. Sie steigerte ihre Produktion in den letzten fünf Jahren um mehr als das Doppelte. Goldfunde zwischen Umtali und Macequene an der Rhodesia-Bahn ließen eine aussichtsreiche Mineral-Industrie entstehen. Die Gesellschaft hat große Landkonzessionen an einzelne Farmer wie an Plantagengesellschaften erteilt, zahlreiche deutsche Farmer haben sich in den letzten Jahren hier niedergelassen. Die Kompagnie, im Besitz der Steuer-, Gerichts- und Verwaltungshoheit, bildet einen Staat im Staat und bereitet den Anschluß dieses Gebietes an Rhodesia langsam vor.

Unerschrocken ist das Bild, das die Massaja-Gesellschaft heute gewährt. Sie verwaltet den nördlichsten Teil der Kolonie zwischen dem Komuma, dem Massajee und dem sechzehnten Breitengrade. Doch ist hier bisher nichts geschehen. Es gibt keine Fahrstraße, noch weniger eine Bahn in einem Gebiet, das den Umfang Süddeutschlands besitzt. Land wurde überwiegend an Beamte der Kompagnie oder an Landgesellschaften zu spekulativen Zwecken verkauft. Nur wenige Einzelbauern, darunter ein paar Deutsche, sind im Küstengebiet entstanden. Den vorzüglichsten Naturhafen Joo und Porto Amelia fehlt jede Lademöglichkeit, die geplante Massajabahn ist niemals zur Ausführung gekommen. Zwei Schulen und ein Hospital ausgenommen, gibt es keinerlei Wohlfahrtsanstalten. Erst im Weltkriege wurden umfangreiche Gebiete im Innern von Regierungstruppen erschlossen und unterworfen. Wegen der hohen Steuern und der schlechten Verwaltung der Arbeiter fliehen die Schwarzen massenweise auf britisches Gebiet. Die bisher übliche Zwangsarbeit wurde zwar am 31. Januar d. J. aufgehoben, durch die gleichzeitige Verdoppelung der Kopfsteuer aber dafür gefordert, daß der Schwarze, um sie aufbringen zu können, doch auf den fremden Pflanzungen Dienst tun muß.

Der Hauptteilhaber der Gesellschaft ist die Union-Castle-Linie, die große englisch-afrikanische Schiffsahrts-Linie. Vor dem Kriege besaß auch ein deutsches Bankhaus finanzielle Interessen. Der Vertrag der Gesellschaft läuft im kommenden Jahre ab, und von deutscher Seite hat man daran gedacht, wieder Einfluß zu gewinnen. Größte Vorsticht und Zurückhaltung dürfte hier an die Stelle sein. Das Mißtrauen der Portugiesen ist ohnehin gegen uns nach geworden, weil wir den scheinbar wohlmeinenden englisch-italienischen Vorschlägen bezüglich der portugiesischen Kolonien nur zu willig unser Ohr schenken und von einem neuen deutschen Kolonialbesitz im portugiesischen Gebiet gesprochen haben. Noch heute fabeln die portugiesischen Blätter von einer „Invasion deutscher Pflanzler in Mozambique, die mit Gewehren bewaffnet, die wichtigsten militärischen Punkte des Landes besetzen wollen“, und reden von einer Korallen-Insel im Indischen Ozean, auf der ein deutsches Waffenlager vorhanden sein soll. Dabei beträgt die Gesamtzahl der heute in Mozambique ansässigen Deutschen kaum 250; nur wenige selbständige Farmer sind darunter, die meisten sind Angestellte fremder Firmen, und gar die großen deutschen Kapitalisten sind nur erdhicht. Die Nervosität der Portugiesen erklärt sich aus ihrer Schwäche. Sie übersehen aber, daß es heute keine deutsche Gefahr mehr gibt, sondern nur eine englisch-südafrikanische. Will Portugal noch weiter die Siphonarbeit eines Überflusses gegen diese leisten, so kann es das nur in wirtschaftlicher Anlehnung an solche Staaten, die keine politischen Absichten in Afrika verfolgen und doch die Gewähr dafür bieten, daß sich das Land weiter entwickelt. Der koloniale Ruf Portugals kann durch die Verwendung tüchtiger deutscher Arbeitskräfte in der Aufbauarbeit nur gefördert werden.

## Forderungen der österreichischen Heimatwehren.

Die Untersuchung der Wiener Zwischenfälle.

Die Bundesleitung der alpenländischen Heimatwehren hat an den Bundeskanzler Dr. Seipel folgendes in politischen Kreisen stark beachtetes Telegramm abgesandt:

„Im Namen sämtlicher alpenländischen Heimatwehren erlaube ich, allen etwaigen Versuchen, die Schuldigen der Ereignisse vom 15. Juli in die Regierung zu nehmen, unabweiglichen Widerstand entgegenzusetzen. Die Heimatwehren müßten sonst Maßnahmen härtester Art ergreifen.“  
gez. Steinle.

Die polizeiliche Untersuchung wegen der Vorgänge am 15. und 16. Juli und das Strafverfahren gegen die Verhafteten gliedert sich in zwei Teile: in die Untersuchung der rein kriminellen Dinge, also Brandlegung, Totschlag, Raub und Plünderung, und in die der politischen Zusammenhänge. Interessant ist, wie das „Neue Wiener Tageblatt“ erfährt, die Feststellung, daß nahezu 50 Prozent der Verhafteten schwer vorbestrafte Verbrecher sind, darunter einer wegen Brandlegung mit fünf Jahren Gefängnis und ein anderer wegen Mordveruches mit vierjähriger Kerkerhaft. Die Untersuchung der politischen Zusammenhänge erstreckt sich dem „Neuen Wiener Tageblatt“ zufolge auf die Agitation von kommunistischer Seite und auf die Hintermänner jener Provokateure, welche bei der Demonstration die Arbeiterschaft verhetzt und durch ihr aggressives Vorgehen gegen die Wache deren Einschreiten veranlaßt haben. Diese Provokateure waren es auch, die das Kommando zum Sturm auf die Wachstube und auf den Justizpalast sowie die Aufforderung zu den Brandlegungen gegeben haben. Es scheint, wie das „Neue Wiener Tageblatt“ weiter meldet, klar hervorzugehen, daß tatsächlich ein Putschplan vorgelegen hat und daß es nur dem energischen Einschreiten der Polizei zu danken ist, wenn dieser Putschplan vereitelt werden konnte. Eine Anzahl von Zeugen können bekunden, daß am vergangenen Freitag wie auch am Sonnabend ein regelrechter Stafettendienst zwischen den Schauplätzen der blutigen Ereignisse und gewissen bolschewistischen Personen organisiert war, die sich in Wien aufhalten.

Der Wiener Gemeinderat, dessen Mehrheit sozialistisch eingestellt ist, beschaffte sich in einer längeren Sitzung mit den letzten blutigen Unruhen. Nach längerer Beratung, während der es auch zu Lärmzügen kam, namentlich, wenn sich die Parteien gegenseitig die Schuld an dem Blutvergießen vorwarfen, wurde ein Antrag auf Einsetzung von Untersuchungsausschüssen angenommen. Ferner wurde der Antrag des Führers der christlich-sozialen Gemeindefraktion auf Auflösung der Gemeindefürsorge abgelehnt.

Bei der Diskussion, die in der österreichischen Öffentlichkeit über die Wiener Krawalle entbrannt ist, spielt gegenwärtig die Frage eine Rolle, ob von der Polizei gegen die Aufhänger Dum-Dum-Geschosse verwendet worden sind oder nicht. Von sozialdemokratischer Seite wird nämlich die Verwendung solcher Geschosse behauptet, während die Polizei diese Behauptung strikt in Abrede stellt. Eine Untersuchung soll auch ergeben haben, daß die Behauptung der Sozialdemokraten nicht den Tatsachen entspricht.

Die Verhaftung des preussischen kommunistischen Landtagsabgeordneten Pich in Wien hat zu einem di-

plomatischen Schritt der deutschen Gesandtschaft in Wien geführt, die ein Ersuchen des Präsidiums des Preussischen Landtages wegen Freilassung des Abgeordneten übermittelte.

Zugleich wurde angefragt, ob es den Tatsachen entspricht, daß er nur wegen Überschreitung der Pässvorschriften verhaftet worden sei. Das Bundeskanzleramt erklärte, die Annahme, daß der Abgeordnete Pich nur wegen Überschreitung der Pässvorschriften verhaftet worden sei, treffe nicht zu, sondern es sei bei ihm auch kompromittierendes Material gefunden worden. Bevor die diesbezügliche beim Landesgericht anhängige Untersuchung nicht abgeschlossen sei, sei ein Einschreiten der Bundesregierung nicht möglich.

## Tagung der österreichischen Sozialisten.

Kommunist Pich bleibt noch in Haft.

Die Vertreter der Sozialdemokratischen Partei sind in Wien zu einer außerordentlichen Reichskonferenz, die einen streng vertraulichen Charakter trägt, zusammengetreten. Es verlaute, daß neben der Besprechung der weiteren innenpolitischen Haltung der Partei nach den blutigen Ereignissen der Vorwoche die Beratung von Organisationsfragen der Sozialdemokratie sowie der Maßnahmen, durch die verhindert werden soll, daß künftig wieder unerbundene und unverantwortliche Elemente die Möglichkeit zu Ausschreitungen finden, im Vordergrund steht. Die Organisationsmaßnahmen sollen sich auch auf den Republikanischen Schutzband erstrecken. Außerdem soll die Konferenz zu der vom Landbund angeregten Frage der Auflösung des Nationalrates und zur Frage der Neuwahlen Stellung nehmen.

Der deutsche Kommunist Pich, der während der Unruhen nach Wien gefahren war und verhaftet wurde, wird entgegen anderslautenden Meldungen noch nicht auf freien Fuß gesetzt.

Der Polizei ist es gelungen, den größten Teil der vor acht Tagen aus einer geplünderten Waffenhandlung weggeschafften Waffen und Munition in einem Vereinslokal der sozialdemokratischen Jugendorganisation wieder zu beschlagnahmen. Bei den politischen Ermittlungen spielen einige von verschiedenen Photographen während der Unruhen aufgenommene Bilder eine bedeutsame Rolle. Die Photographien wurden stark vergrößert, wodurch es möglich war, eine große Anzahl von Personen, die sich an den Ausschreitungen besonders als Arrangeführer beteiligten, festzustellen.

### Grueltaten in Wien.

Wir hatten kürzlich die Meldung eines Sonderberichterstatters des Berliner Lokalanzeigers aus Wien abgedruckt, nach der bei dem Ueberfall auf die Polizeiwache in der Lichtenberggasse in Wien die Polizeimannschaften dort nacht ausgezogen und bei lebendigem Leibe verbrannt sein sollten. Wir werden von sozialistischer Seite darauf aufmerksam gemacht, daß diese Meldung nicht zutrifft und später vom Lokalanzeiger selbst demontiert worden ist. Wir geben von dieser Feststellung gern Kenntnis. In dem Gesamtbilde der Wiener Unruhen bleiben leider noch genug traurige Flecken bestehen.

## Prinz oder König Carol?

Rätselraten um Rumänien.

Für Rumänien ist jetzt die wichtigste Frage, wie sich Prinz Carol, der in Paris lebende älteste Sohn des verstorbenen Königs Ferdinand, in der nächsten Zukunft verhalten wird. Französische Blätter behaupten, daß er das Königtum seines Sohnes nicht anerkennen und sich selbst als den König von Rumänien betrachte. Er werde aber, obwohl es schon zu Kundgebungen für ihn in Bukarest gekommen sei, sich vorläufig nicht in Abenteuer stürzen, zumal er hoffen dürfe, daß an einem nicht allzufernen Tage Bratium selbst ihn zurückholen werde.

Der Prinz selbst hat in einer für die Öffentlichkeit bestimmten Erklärung kundgetan, daß ihn der Tod seines Vaters, dem er tief ergeben gewesen sei, aufs schmerzhafteste berührt habe. Es liege ihm fern, unter den jetzigen Umständen irgendeine Kundgebung zu veranstalten, die die Trauer in Rumänien stören könnte. Seiner tiefen Trauer um den Vater verliet Prinz Carol auch in einem Telegramm an seine älteste Schwester, die Königin von Jugoslawien, Ausdruck.

In Berlin fand anlässlich des Todes des Königs Ferdinand ein Trauergottesdienst statt. Als Vertreter des Reichspräsidenten war Ministerialrat Dr. Böhle erschienen, als Vertreter des Auswärtigen Amtes Staatssekretär v. Schubert. Der Feierlichkeit wohnten die in Berlin anwesenden Vörschäfer und Gesandten der fremden Mächte bei.